

Danziger Zeitung.

Nr. 18805.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben - gespaltenen gewöhnlichen Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1891.

Politische Uebersicht.

Danzig, 17. März.

Aus den Parlamenten.

In Folge des Ablebens Windthorsts wird der Reichstag seine Sitzungen noch etwas früher, als beabsichtigt, beginnen. Zu der Fortsetzung wird sich ungefähr die gesamte Centrumspartei nach Hannover begeben. Morgen und vielleicht auch Donnerstag wird also eine Sitzung des Reichstages nicht stattfinden können. Nach dieser Unterbrechung die Sitzungen noch einmal für ein paar Tage aufzunehmen, wird sich demnach als unmöglich erweisen. Unter diesen Umständen soll die Verhandlung schon heute nach Erledigung des Staats erfolgen.

Die gestrige Sitzung des Reichstages brachte eine interessante Episode. Während die Fortsetzung der dritten Berathung des Staats in dem ersten Theil der Sitzung ohne viel Aufmerksamkeit verlief, wie ein leise plätschernder Bach — nur die Erklärung des neuen Staatssekretärs im Reichsjustizamt, Hrn. Bosse, das Tempo der Reformarbeiten würde unter seiner Leitung zum mindesten nicht langsamer werden, verdient hervorgehoben zu werden — kam es beim Statthalter Reichsseisenbahnen zu einem bedeutungsvollen Intermezzo. Wer in diesem Augenblick die Tribüne betrat und den verehrten Feldmarschall Grafen Moltke auf der Rednertribüne sah, dicht umdrängt von den Abgeordneten, die kein Wort des Redners verlieren wollten, musste glauben, daß eine neue Militärvorlage das Haus beschäftige. Die bekannten ältesten Parlamentarier erinnern sich nicht, je eine nicht-militärische Rede des Grafen Moltke gehört zu haben. Gestern sprach aber Moltke über die Einführung der Einheitszeit, allerdings vom militärischen Standpunkt aus in Entgegnung auf die neuuliche Rede des Abg. v. Gumm und die Opposition der Herren von der Sternwarte. Allerdings war niemand so kompetent, die Wichtigkeit dieser Frage für die Zeit einer Mobilmachung darzulegen, wie der greise Feldmarschall, der trotz seiner 90 Jahre noch ein guter Redner ist. Graf Moltke — und auch das haben wir noch nicht erlebt — verstand es auch, das an sich ziemlich öde Thema mit humoristischen Zwischenbemerkungen auszustatten. Die Herren Gelehrten, meinte er, bekämpften die Einheitszeit für die Eisenbahnen, weil nur ein kleiner Theil des Publikums auf der Eisenbahn fahre; aber ein noch viel kleinerer Theil bestiehe aus Astronomen und Geodäten. Moltke plädierte für die Einheitszeit auch im bürgerlichen Leben und suchte die Bedenken gegen diesen Vorschlag in seiner trocken, an das praktische Leben anknüpfenden Weise zu widerlegen. Die Differenz zwischen der Sonnen- und der mittleren Zeit störe ja auch jetzt nicht. Niemand merke, wenn er in dem einen Vierteljahr 16 Minuten zu früh, in dem anderen um eben so viel zu spät zu Tische gehe. Moltke nahm nicht nur eine Einheitszeit für Deutschland an Stelle der jetzt tatsächlich bestehenden 5 Zeiten in Anspruch; er hält eine Beschlusfasung für Deutschland für den ersten Schritt zu einer internationalen Regelung der Einheitszeit zum mindesten für Mitteleuropa.

Im Abgeordnetenhaus wurde heute in vierstündiger Sitzung der Staat des Ministeriums des Innern in 2. Lesung erledigt, wobei Minister Herrfurth die mannschafts Wünsche und Beschwerden vorgebracht wurden. Eine heitere Episode bildete die sehr angebrachte Beschwerde Ricker's über den Formalkram der Behörden untereinander, sowie die mittelalterlichen Titulaturen. Elementare Heiterkeit unterbrach zeitweise den Redner auf Minuten, nur gewisse Beamte, die dabei stark mitgenommen wurden, wollten nicht recht in die allgemeine Lustigkeit, die wohl die beste Verurtheilung dieses mittelalterlichen Überbleibels war, einstimmen. Das spaßhafteste Beispiel, welches Hr. Ricker anführte, war wohl, daß die Potsdamer Regierung einen Regierungsreferendar und Reserveleutnant mit „Hochwohl-

geboren bzw. Wohlgeboren“ anredet. Der Minister Herrfurth sah sich zu der Erklärung veranlaßt, daß es sich da nur um „Quisquilen“ handele, mit anderen Worten, daß eine gesetzliche Vorschrift nicht bestehé. Hoffentlich hilft das etwas. Hr. Herrfurth braucht ja nicht gleich mit einem Urkund den überflüssigen Formalkram zu verworfen, eine kleine Empfehlung von so hoher Stelle würde bei dem „Gehorsamst“, „Ergebnis“, „Hochgeboren“ ic. Wunder wirken.

Krisengerüchte.

Unser Berliner Correspondent schreibt uns von gestern:

Die Gerüchte, daß die Stellung des Reichskanzlers v. Caprivi erschüttert sei, sind — man könnte sagen selbstverständlich — grundlos; auch von der Trennung der Geschäfte des preußischen Ministerpräsidenten von denjenigen des Reichskanzlers ist nicht die Rede. Sollte Staatssekretär v. Bötticher wirklich Anlaß haben, seine Entlassung zu verlangen, so würde nur die Frage der Wiederbesetzung der Stelle des preußischen Vicepräsidenten des Staatsministeriums und diejenige des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern hervortreten. Von den jetzigen preußischen Ministern wäre dann allerdings Herr Dr. Miquel der einzige, der in Frage kommen könnte. Man erinnert sich allerdings, daß der Kaiser erst längst bei dem Diner bei Herrn v. Bötticher diesen mit Lobprüchen überhäuft hat; aber man wird darin nach den mit Herrn v. Gessler gemachten Erfahrungen keine Garantie gegen einen Personenschwund im Reichsamt des Innern sehen können. Herr v. Gessler hat die Lobprüche, welche der Kaiser ihm bei der Eröffnung der Schulconferenz als dem tapfersten aller preußischen Cultusminister ertheilte, nur um einige Monate überlebt.

Die Geschäfte des neuen Cultusministers.

Für den neuen Cultusminister Grafen Zedlitz, der sich auf einige Tage wegen Unwohlseins nach Posen begeben hat, liegt zunächst der Schwerpunkt der Geschäfte nicht auf dem parlamentarischen Gebiete; das Volksbildungsgesetz wird ohne allen Zweifel vorläufig zurückgezogen. Die Hauptaufgabe ist nach den wiederholten ausdrücklichen Willensäußerungen des Kaisers die Durchführung der Reform des höheren Schulwesens, die unter allen Umständen am 1. April 1892 ins Leben treten soll. Die Aufgabe ist um so schwieriger, als Graf Zedlitz den hier auszuhaltenden Fragen ziemlich fern steht. Er würde auch die Ablehnung der Berufung festgehalten haben, wenn er nicht geglaubt hätte, sich in seiner Stellung als Beamter dem Willen des Kaisers nicht entziehen zu können.

Zum Tode Windthorsts.

Die Centrumsfractionen des Reichstages und des Abgeordnetenhauses traten vorgestern Nachmittag um 1 Uhr im Fraktionssaal 14 des Reichstagsgebäudes zu einer internen Gedächtnissfeier für den verstorbenen Abg. Dr. Windthorst zusammen. Der Gedenkakt nahm einen schlichten, aber gerade darum ungemein ergreifenden Verlauf. Graf v. Bassewitz und Freiherr v. Heyman widmeten dem heimgegangenen Worte treuen Gedanken. Zum Schlus nahm auch der Alterspräsident Dr. Reichensperger das Wort zu einer kurzen ergreifenden Ansprache.

Der Minister v. Maybach hat in einem liebenswürdigen Schreiben der Centrumsfraction sein Entgegenkommen in Bezug auf etwaige Wünsche betreffend die Ueberführung der Leiche Windthorsts kundgegeben. Die Fraction hat gestern noch mit der trauernden Familie die letzten Anordnungen getroffen. Die Fraction wird in corpore der irdischen Hülle ihres Genossen bis Hannover das Geleite geben, der Extrazug wird am Mittwoch früh dort eintreffen und die Beisetzung feier so abgehalten werden, daß die Abgeordneten um 3 Uhr nach Berlin zurückkehren können.

heute immerhin Gemeingut erst einer zwar zahlreichen Minorität sind, dessen enthält ich mich grundsätzlich und urtheile so, wie ich vor 25 Jahren bereits über diese Art Klavierspiel, die geistig im stärksten Gegensatz zu H. v. Bülow und tief unter ihm steht, geurtheilt hätte und habe. Aber ich bedürfe jener Enthaltung noch nicht einmal, denn für die Anwendung jener Erkenntnisse als Maßstab ist diese Art Klavierspiel ohnehin noch garnicht reif. Man kommt reichlich mit ganz elementaren Prinzipien aus, um die Schätzung zu gewinnen. Es ist kein Wunder, wenn das Publikum auf die Dauer doch merkt, daß ein wahres Vergnügen, ein hoher und reiner Lustgenuss von diesen reisenden Handwerkern nicht zu erwarten ist, sie excelliren fast nur noch in Stücken, an denen wenig zu verderben ist, und man ist froh, wenn sie im Programm bei diesen angekommen sind.

Ein viel größeres Kapital an künstlerischer Individualität, Frische und Intelligenz steht heute noch in den scheinenden 282 Gängern, und Paul Bülow gehört mit seiner hoch ausgebildeten Vortrageskunst, seinem dem Klange nach sehr tenorähnlichen, außerordentlich glänzenden und kräftigen Bariton in jener von der Natur in vier Cohorten getheilten Legion als ein Flügelmann der ersten Reihe an. Er begann mit der großen, wenige, und gewiß zu wenig, bekannten Legende „Gregor auf dem Stein“ von C. Löwe, der Geschichte von der Liebe, dann von der Buße Gregors, seiner Reue und Erinnerung von dem Makel seiner Herkunft und seiner Erwählung zum Papst und Entföndigung seiner Mutter durch ihn. Was nur irgend an

Die Aufbahrung der Leiche im Schiff der Hedwigskirche ist gestern Abend um 7 Uhr erfolgt. Die Kirche ist in prachtvoller Weise geschmückt. Zu den Seiten des Katafalks sind abwechselnd kostbare Dianellen mit prächtigen Wedeln und kerzentragende Candelaber aufgestellt. Der Fuß des Katafalks ist mit Centien eingefasst. Auf dem Altarplatz erheben sich fünf mächtige Dianellen, die in Verbindung mit Rapsis, Centien und Latanien eine exotische Gruppe von entzückender Pracht bilden. Die beiden Seitennischen sind mit großen Augellorbeeren bestellt. Der Eingang zur Kirche ist mit grünen Blattplänen decorirt, draußen stehen Lorbeer im mittleren niedriger Gruppen von Blattplänen. Die katholischen Vereine beteiligen sich mit Bannern und Fahnen. Im übrigen ist der Eintritt nur mit Karten gestattet, die in sehr beschränkter Zahl von der Centrumsfraction ausgegeben werden. Die Karten sind ungemein lebhaft begehrt und es wurden schon gestern 30 Mk. für eine solche Karte geboten.

Der Prinz-Regent Luitpold von Bayern hat dem Abgeordneten Windthorst einen kostbaren Maiblumenkranz gewidmet,

welcher überfaßt ist mit kostbaren Orchideen, Kamelien; und Rosen über den Aran, der auf weißer Schleife die Widmung trägt, legen sich Palmenwedel. Der Prinzregent hat ferner der Wittwe Windthorsts sein Beileid aussprechen lassen. Der Aran der freitümlichen Partei des Reichs- und Landtages ist aus Lorbeer geflochten und mit weißem Diadem und Palmen geschmückt. Unter den sonstigen Aranspenden, die bereits eingetroffen sind, zeichnen sich durch Blumenpracht die der Prinzessin Radziwill und der Gräfin Clary-Altdorff aus.

Die „Dörlische Volkszeitung“ bespricht die ehrende Theilnahme des Kaisers für den Abgeordneten Dr. Windthorst und bemerkt dabei, die Ehrengabe des Landesherrn für den Führer des Centrums werde von den preußischen Katholiken danach vermerkt und empfunden.

Aus New York wird vom 16. d. telegraphiert: Alle hiesigen Blätter widmen Windthorst sympathische Nachrufe und bezeichnen seinen Tod als einen unersehlichen Verlust für die Centrums-

Ein kleinstaatliches Landtagsidyll.

Unter dieser Überschrift hatten wir kürzlich einige charakteristische Vorgänge aus dem „Parlament“ von Schaumburg-Lippe berichtet. Über die 6. Sitzung der 4. Session der 4. Legislaturperiode bringt nun die „Mind. 3ig.“ ein Referat, das wiederum recht erhebend Momente enthält. Es wurde zunächst darüber verhandelt, ob die Wahl eines ersten Präsidenten stattfinden solle. Abgeordneter v. Bülow sprach sich dagegen aus, da für die laufende Sitzung, vorausichtlich die letzte vor Schlus des Landtages, eine Neuwahl nicht mehr erforderlich erscheine. Abgeordneter Gassel sprach für die Wahl; der Landtag machte sich lächerlich, wenn er sich seither schon ohne Geschäftsortung befunden habe. Über diese letztere Bemerkung entspann sich eine lebhafte Debatte; von der einen Seite wurde das Vorhandensein einer freilich nur geschriebenen Geschäftsordnung ebenso heftig behauptet, wie von der anderen bestritten. Schließlich wurde die Präsidentenwahl von der Tagesordnung abgesetzt. Darauf wurde die zweite Lesung des Staats in „2½ Minuten“ erledigt. Während der Berathung einer Petition des Frauenvereins „Reform“ riefen Abgeordnete Biesantz an den Vorsthenden die Frage, ob es erlaubt sei, in offener Sitzung am Tische der Abgeordneten Butterbrod zu essen. (Bezieht sich auf den Abgeordneten v. Bülow, welcher gerade ist.) Vicepräsident Gassel: Es seien für diesen Fall keine Geschäftsordnungsbestimmungen vorhanden. (Abgeordneter v. Bülow ist denn auch weiter.) Abgeordneter Biesantz meint, dann sei er auch berechtigt, sich ein Frühstück aus der

heroischen, erotischen, elegischen, an düster oder erhaben religiösen Affectionen in dieser Poesie enthalten ist, brachte Herr Bülow zu lebendigstem, eindringlichstem Ausdruck; leider verhinderte der Pianist durch allzu hartes Dreinschlagen das Verständniß des Textes trotz der ganz meisterhaften Aussprache des Sängers gerade auf Höhenpunkten, wo man ihn hätte verstehen müssen. Trotz dieser Aussprache hätte aber doch dem Publikum der Text der unbekannten Lieder in die Hand geben werden sollen, wie es jetzt aus naheliegenden Gründen der Brauch ist. Von Schumann sang Herr Bülow das minder bekannte Lied „Wer macht dich so krank“, „Die beiden Grenadiere“ mit zuletzt doch selten gehörter Mannigfaltigkeit der Declamation und höchster Energie, dann noch „Über'n Garten durch die Lüfte“; von modernen Liedern das sehr noble „Gebet an das Glück“ von C. E. Taubert, „Annie Laurie“ von Graf Hochberg, dessen Popularität wahrer ist als die mehr nur anempfundene des „Frühlingsliedes“ von Becker, welches nach Jensens bekanntem und interessantem „Spanischen Gländchen“ den Beschlüß machte. Sie und da hatte man das Gefühl, daß der Sänger, in dem zehnfach so großen Raum der Bühne zu singen gewohnt, seine Kraft dem gegebenen Raum anzupassen vergaß und überhaupt seine Stimme gelegentlich forcirte. Die gesanglichen und poetischen Vorzüge seines Vortrages blieben jedoch weit überwiegend.

Auf die Kritik der einzelnen Vorträge des Pianisten brauchen wir uns nach dem Gesagten nicht tiefer einzulassen. Er begann mit der Sonate

Wirtschaft holen zu lassen. In welcher erbaulichen Weise der Schluß der Sitzung erfolgt ist, können wir nicht mittheilen, da die „Mind. 3ig.“ noch eine Fortsetzung des kleinstaatlichen Idylls ankündigt.

Das Reichscommissariat für Südwestafrika.

Nachdem die Stelle eines Reichscommissars für Südwestafrika in Folge der Berufung ihres ersten Inhabers auf einen Consulatsposten seit fast zwei Jahren offen geblieben ist, soll sie jetzt interimistisch wieder besetzt werden; der Befehlshaber der südwestafrikanischen Schutztruppe, Hauptmann v. François, soll der „Ar.-3ig.“ zufolge mit der commissarischen Verwaltung des Postens betraut werden. Dem Hauptmann v. François dürfte seine Aufgabe nicht leicht werden. Es sind dort hauptsächlich Rechtsfragen zu entscheiden, und bei der Unruhe, welche sich der eingeborenen Bevölkerung bemächtigt hat, werden noch mehr solcher Fragen entstehen, zumal sich manche bedenkliche Elemente britischer Abstammung dort befinden.

Zu dem Verbot des amerikanischen Schweinefleisches

liegt heute eine bemerkenswerthe Meldung aus Washington vor. Hier nach hat in Beantwortung einer Interpellation betreffend die Verhandlungen im deutschen Reichstage über gefalztes amerikanisches Schweinefleisch der Sekretär der Landwirtschaft, Rusk, die Erklärung abgegeben, das bezügliche, kürzlich vom Congress angenommene Gesetz garantire eine sorgfältigere Untersuchung des Fleisches, als solche in irgend einem Lande der Welt stattfinde. Die Vereinigten Staaten hätten lange Zeit die unwahren Angaben über ihr gefalztes Fleisch geduldig ertragen; aber der Zeitpunkt sei jetzt gekommen, wo ein ungerechtes Verbot aufhören müsse. Die Beseitigung dieses Uebelstandes, soweit sie die Gefahr des betreffenden Landes gestatteten, müsse seiner Meinung nach verlangt werden. — Darnach scheinen entsprechende Schritte seitens der Unionsregierung bevorzustehen.

Prinz Napoleon auf dem Sterbelager.

Es bestätigt sich die Nachricht, daß der nun schon seit einer ganzen Reihe von Tagen mit dem Tode kämpfende „rote Prinz“, Jerome Napoleon, jeden Versuch seines Sohnes Victor zur Auseinandersetzung des Zustandes des Kranken wird mehrfach dem Wuhnsfall zugeschrieben, den der Kranke hatte, als er seines unerathenen Sohnes ansichtig wurde. Er soll förmlich getobt und so heftig Reben geföhrt haben, daß die geistliche Krankenpflegerin sich entsetzte und eiligst die Krankenstube verließ. Auch zu einer Ausföhnung mit der Kirche war er, wie jetzt im Gegenjahr zu früheren Meldungen versichert wird, nicht zu bestimmen; er hinderte zwar nicht, daß Cardinal Mermilliod und Monsignore Propol am Tuhende seines Bettes niederknieten und beteten; er selbst verhielt sich aber ganz theilnahmslos. Die Nachrufe auch der republikanischen französischen Blätter werden seinen Eigenschaften mehr als früher gerecht. Man hat mit ihrer Veröffentlichung übrigens nicht bis zum Eintreffen der Todesnachricht gewartet, die auch zur Stunde noch nicht vorliegt.

Das Uebereinkommen in der Neufundlandsfrage.

Einem Pariser Telegramm zufolge besagt der officielle Text des englisch-französischen Uebereinkommens in der Neufundlandsfrage Folgendes: Die Schiedsgerichts-Commission wird über alle von den beiden Regierungen aufgeworfenen Fragen und vorgebrachten Grundsätze betreffs der Fischerei und Zubereitung der Hummersurheil und ihre Entscheidung treffen; beide Regierungen verpflichten sich, die von der Schiedsgerichts-Commission getroffenen Entscheidungen anzuwenden; der modus vivendi bezüglich der Fischerei und der Zubereitung der Hummersurheil einsch für die Saison 1891 erneuert. Unmittel-

bar. 10 D-dur von Beethoven, in deren erstem Satz ihm sehr erhebliche Gedächtnissfehler passirten; wir hätten gern einen Satz solcher menschlichen Schwäche, die vorkommen kann, geopfert, aber das Largo war darauf von so trauriger Monotonie und die anderen zwei Sätze auch so wenig musikalisch gegeben, daß sie uns nicht entschädigten. Ein fortwährend püssendes Geräusch, das alle Vorträge begleitete und von außen zu kommen schien, ruhrte vielmehr vom Pedalgebrauch des Spielers her, der zu tief saß: er mußte in Folge dessen die Fußsohle auf dem Pedal zu stell halten, und dieses schnell da durch beim Loslassen zurück. Er hätte den Sitz vorher probiren sollen. Nachdem es dem Nocturno in F-moll von Chopin nicht besser ergangen als Beethoven, befanden wir uns (bis auf das Geräus) sehr wohl bei dem Zigeunerstück von E. E. Taubert, dem Valse mignon von Schütz, der Humoreske von Grieg; und in der achten, selten gehörten Rhapsodie von Liszt entwickelte der Spieler eine Art von gesundem Absolutismus und große Bravour, ebenso wie er die kleinen Stücke sehr fertig und tierisch gespielt hatte. Die Verantwortung des Künstlers liegt eben darin, daß das Publikum, besonders der mit den Glücken nicht bekannte Zuhörer, das für baare Münze und für den Sinn und Geist des Autors nehmen muß, was der Künstler ihm vorträgt; gerade dies, also bei Beethoven z. B. der mögliche Missbrauch der Ehrfurcht vor seinem Namen, ist der Grund zur Kritik und legt ihr die Pflicht auf, zu fragen, ob der Künstler seine Verantwortlichkeit deut oder nicht. Dr. C. Fuchs.

bar nach der Regelung der Fischereifrage und derjenigen über die Zubereitung der Hammern wird die Commission die anderen subsidiären Fragen betreffend die Fischerei nach einer vorläufigen Vereinbarung der Regierungen über den Text prüfen. Die Schiedsgerichts-Commission wird aus 7 Mitgliedern bestehen, und zwar aus 3 Sachverständigen und 2 Deligirten eines jeden Landes. Die Commission, welche mit Stimmenmehrheit ohne Berufung entscheidet, soll sobald als möglich zusammentreffen. Unter den Schiedsrichtern befinden sich der Professor der Petersburger Universität Martens, der Schweizer Generalconsul in Brüssel, Rivier, und der Norweger Gram.

Wiedereroberung des Sudan.

Die Londoner "Times" von gestern bringt ein Telegramm aus Kairo vom 15. März, welches besagt, dass nach Ansicht gut unterrichteter Kreise die Einnahme von Tokar nur ein Theil eines weiter angelegten Actionsplanes sei, welcher auch die Einnahme von Barber als Vorbereitung zur Wiedereroberung des Sudan einbegreife. Die Maßregel sei nothwendig geworden in Folge des Vorbringens Italiens gegen den Nil; aber andererseits sei sie auch nothwendig zum Schutz der friedlichen Bevölkerung gegen die Grausamkeiten der Dervische.

Das Blutbad von New-Orleans.

Gestern wurde gemeldet, dass sich in New-Orleans ein furchtbare Akt von Lynchjustiz vollzogen hat, indem die Menge eine Anzahl von der Anklage des Mordes freigesprochene Italiener tödete. Dem "Newyorkherald" werden aus New-Orleans folgende nähere Einzelheiten über die Erschiebung von Italienern im Gefängnis gemeldet.

Die Tschirke am Freitag die der Ermordung des Polizeichefs Hennessy angeklagten 6 Sicilianer freigesprochen. Darauf hielten Hennessys Freunde in der Nacht ein Meeting ab und beriefen für den Sonnabend eine Bürgerversammlung in der Nähe des Standbildes von Clay ein. Es wurden an die Menge Reden gehalten, worauf eine aus mehreren Tausend Personen bestehende Menge die Waffenländen plünderte und eine Hintertür des Gefängnisses erbrach. Die sieben Sicilianer Scopelli, Macchia, Matranga, Polit, Bugnetto, Modestino und Marchesi wurden in ihren Zellen erschossen, zwei an der Ermordung angeblich ebenfalls beteiligte Anabian jedoch verschont. Die Menge erbrach darauf noch andere Zellen und erschoss 5 weitere Gefangene, trotzdem dieselben um Gnade flehten. Dreißig Leichen von Sicilianern wurden an Laternenpfosten aufgeknüpft und von tausend Augeln durchbohrt. Die Menge suchte den Privatdetektiv Omalley auf und bedrohte die Geschworenen mit dem Tode. Der Leichenbeschauer Lemerier hielt eine Untersuchung über die 12 ermordeten Gefangenen ab und das Verdict lautete: "Ermordung durch unbekannte Personen". Viele hervorragende Bürger nahmen an der Erbreichung des Gefängnisses Theil. Die Stadt befindet sich in furchterfüllter Aufregung, und es sind Staatstruppen aufgeboten, um der Polizei bei Aufrechterhaltung der Ordnung behizustehen. Die Menge trug nach vollendetem That auf den Schultern die Redner durch die Straßen. Alle Italiener werden mit dem Tode bedroht. Die Überüber der Ausschreitungen trugen keine Masken.

Diese Affäre wirbelt naturgemäß viel Staub auf. Der Staatssekretär des Auswärtigen, Blaine, telegraphierte an Nicholls, Gouverneur von Louisiana, der italienische Gesandte habe dem Präfidenten der Republik wegen des bedauerlichen Blutbades in New-Orleans Vorstellungen gemacht. Die Verträge mit dem bestreuten Italien gewährleisten den in den Vereinigten Staaten anfassigen Staatsbürgern den Schutz des Lebens und des Eigentums. Der Präfident bedauert lebhaft, dass die Bürger von New-Orleans der Lauterkett und Besiegung der Gerichte kein Vertrauen geschenkt und die Entscheidung über eine gesetzlich geregelte Frage dem durch Leidenschaft getriebenen Volksurtheil anheimgegeben hätten. Der Präfident der Republik hoffte, dass der Gouverneur ihn bei der Erfüllung der Pflichten der Regierung gegenüber den italienischen Unterthanen in der durch die herrschende Erregung hervorgerufenen Gefahr unterstützen und dass er die erforderlichen Anstalten treffen werde, dass weiteres Blutvergießen verhindert und alle Schuldigen dem Gerichte übergeben würden.

In New-Orleans selbst wurden von den Mitgliedern der Börse, des Handelsraths, des Baumwollmarktes und anderer öffentlicher Vereine Versammlungen abgehalten, in welchen Resolutions gegen die Ausschreitungen der Volksmenge angenommen wurden.

In Chicago wurde das zur Feier des Geburtstages des Königs Humbert zu veranstaltende Banquet wegen der Vorgänge in New-Orleans auf unbestimmt Zeit versetzt. An den Ministerpräsidenten Rudini wurde ein Telegramm abgesandt, in welchem die energische Intervention der italienischen Regierung zum Schutz der italienischen Unterthanen nachgefragt wird.

In Rom hat die Nachricht von den Greuelthaten in New-Orleans große Erregung verursacht. "Popolo Romano" giebt der Hoffnung Ausdruck, dass man in Washington sofort volle Genugthuung gewähren werde. Andere Blätter stellen die gleiche Forderung, erkennen jedoch an, dass sich unter den italienischen Auswanderern viel lichtscheues Gefüle befinden, welches, um der vaterländischen Justis zu entgehen, in der Fremde Verbrecher-Genossenschaften gründe, welche die Massa wieder aufleben ließen.

Diesem sizilianischen Geheimbunde Massia hat man auch in New-Orleans die Ermordung des Polizeidirectors Hennessy zugeschrieben. Der Grund zu dem Mord wurde in dem Versuche Hennessys gesehen, die unter der italienischen Colonie in Neu-Orleans bestehende Blutschande zu unterdrücken.

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom 16. März.
Zweite Berathung des Etats des Ministeriums des Innern.

Abg. v. Charlski (P.): Die erfolgte Zulassung russischer Arbeiter in die östlichen Provinzen zum Ersatz für die ausgewanderten Industrie- und landwirtschaftlichen Arbeiter ist sehr dankenswerth, allein es ist zu beklagen, dass den Leuten nur der zeitweilige Aufenthalt hier in Preußen gestattet wird. Wenn sie nur einige Zeit sich hier aufzuhalten dürfen und demnächst wie vagabonden behandelt werden, so werden diese Leute nicht in genügender Anzahl kommen. Ferner ist es höchst bedenklich, dass nur einzelne hinüberkommen dürfen und die Familie in Russland lassen müssen. Unsere eigenen

Arbeiter würden nicht in so großer Zahl namenlich nach Südamerika auswandern, wenn sie das Recht hätten, ihre Kinder in polnischer Sprache unterrichten zu dürfen. Besonders zu beklagen ist aber, dass immer noch Ausweisungen von Russen aus dem Osten der Monarchie erfolgen. Es wäre doch besser, man behielte diese einmal im Lande befindlichen Leute da, als dass man immer wieder Fremde heranzieht. Schließlich weise ich auf die Ausbreitung der sozialdemokratischen Tendenzen hin, welche nicht auf polnischem Boden entstanden, sondern aus Berlin dorthin importiert sind. Ich möchte den Herrn Minister dringend bitten, doch die erscheinenden sozialdemokratischen Blätter nicht politisch verfolgen zu lassen, wodurch der sozialdemokratischen Richtung nur der Nimbus des Märtyrerthums verliehen wird.

Minister Herrfurth: Die Zulassung russischer Arbeiter ist auf einzelne Leute und auf die Sommerzeit beschränkt, weil die Sachengänger in den württembergischen und mittleren Provinzen eben auch nur während der Sommermonate und von ledigen Leuten vorgenommen wird. Wir müssen also dem entgegen gleichsam eine künstliche Preußengänger einrichten. Wo übrigens das System der Infanterie besteht, sind die Oberpräsidenten auch besugt, ganze Familien zu lassen. Ausweisungen von russischen Unterthanen sind in der letzten Zeit nicht mehr vorgekommen; die beiden vom Vorredner erwähnten Familien wurden im Jahre 1885 ausgewiesen, die Ausweisung wurde aber bisher nicht perfect. Es ist schließlich richtig, dass eine Berliner sozialdemokratische Zeitung in polnischer Ueberleitung in den polnisch redenden Landesteilen verbreitet wird, und ich stimme mit dem Vorredner überein, dass so lange zu einer strafrechtlichen Verfolgung keine Veranlassung da ist, keine politische Verfolgung derselben eintreten soll, wenn ich auch dazu aufgefordert bin.

Abg. Szumla (Ctr.): Die Zulassung russischer Arbeiter ist gerechtfertigt, da in denselben aufreisende Reden gegen die bestehenden gefühlt würden. Gerade die östlichen Provinzen müssten vor dem Eindringen der Sozialdemokratie bewahrt werden. Das könnte freilich vor allem nur durch eine Vernehrung der Geistlichen unter Beihilfe der Lehrer geschehen. Aber dann müsste auch den Lehrern gestattet werden, zu den Leuten in ihrer Sprache zu reden. Betrifft der Zulassung russischer Arbeiter sollte es die Regierung ihren kleinlichen Standpunkt verlassen, zumal nach der letzten Haltung der Polen im Reichstage und nach den über diese Haltung von alterhöchster Stelle ergangenen Aufforderungen.

Abg. Rickert: Die neuveröffentlichten Bestimmungen über die Zulassung der polnischen Arbeiter sind doch noch nicht ausreichend — darin stimme ich den Vorrednern bei, ich habe das bereits bei der ersten Berathung des Etats ausgeführt. Man sollte darin doch endlich ganze Arbeit machen und sich von der früheren Politik abwenden. Ebenso bezüglich der Ausweisungen. Der Minister sagt, es handle sich jetzt nur um früher definitiv verfügte Ausweisungen, die noch nicht perfect geworden. Weitshalb läuft man darin nicht auch eine Änderung eintreten? Ich habe einen Fall dem Minister persönlich mitgetheilt — ein Mann, der zwei Decennien in Preußen gelebt, dessen Frau in Preußen geboren und gelebt, sollte jetzt noch ausgewiesen werden. Wie die Sachgegenwart weißlich nicht. Man sollte doch endlich in diesen Fällen menschliche Wohlwohl und Billigkeit walten lassen. Dem Abg. Szumla trete ich nicht bei, wenn er den Minister zu schwerer Einzelheit gegen die politische sozialdemokratische Presse auffordert. Haben wir denn nicht Gerichte und Staatsanwälte? Der Minister wird ohnehin schon Dinge, die staatsgefährlich sind, im Auge behalten, es ist nicht nötig, ihn hier darin zu ermuntern. (Sehr richtig! links.) Heute möchte ich die Aufmerksamkeit der Regierung auf eine kleine, aber im Lande vielfach besprochene und mächtig empfundene Sache holen: die Form des Verkehrs zwischen den Behörden und namenlich zwischen den Organen der Selbstverwaltung und den Amtshauptbehörden. Ein Gemeindevorsteher im Kreise Namslau fragte vor einiger Zeit, ob er verpflichtet sei, nach dem Verlangen des Landrats in den Berichten „gehorsam“ statt wie bisher „ganz ergeben“ zu schreiben. (Heiterkeit.) Ich bin bei Beantwortung in einige Verlegenheit geraten. Bei uns in Deutschland ist das Etatwesen und der Kamptilett so hochgradig ausgebildet, dass auch jemand, der Decennien in der Kommunalverwaltung gewesen, zweifelhaft sein kann, was in dieser hochwichtigen Sache zu sagen ist. Ich habe gefunden, dass der Gemeindevorsteher weder ergeben noch gehorsam schreiben möchte. Es gibt keine Bestimmung, welche ihn dazu nötigt. Mir scheint ergeben eigentlich mehr wert, wie gehorsam; der Gehorsam drückt sich mitunter in einer kräftigen Ablehnung aus, während die Ergebenheit doch immer einen gewissen Grad von Treue und Hochachtung bezeichnet. (Heiterkeit) Der italienische Ministerpräsident Crispi hat nach seinem Amtsantritt ein Circular erlassen, in dem er gegen den ganzen überflüssigen Wort- und Formkram auftritt. Das wäre auch bei uns sehr zeitgemäß. Es würden dabei viel Worte und viel Zeit erspart werden. Die Sache wäre nicht der Rude wert, wenn nicht in neuerer Zeit Landräthe daraus eine große Frage gemacht hätten. (Redner verliest eine längere Verfügung des Sächsischen Landrats, welcher „die nachgeordneten Behörden“ im Interesse der Aufrechterhaltung der Disciplin anweist, in ihren Berichten das „gebührende gehorsam“ statt „ganz ergeben“ anzuwenden, und welches die Erklärung ausspricht, dass die nachgeordneten Behörden künftig keinen Anlass zu solchem Vorgehen mehr geben werden.) Ich möchte mir ganz gehorsam erlauben, den Minister auf solche Verfügungen aufmerksam zu machen. (Heiterkeit) In dem Kreise Danzig Niederschlag hat der Landrat in diesem Jahre eine viel zeitgemässere Bekanntmachung im Kreisblatt veröffentlicht. Ich muss, obwohl er ein langjähriger politischer Gegner ist, anerkennen. Er wünscht alle diese Formeln als überflüssig beiseite zu legen. Man sollte doch durch Formulierungen, wie sie in der Sächsener Verfassung enthalten sind, nicht Aergernish bei den Männern der Selbstverwaltung geben, die naturgemäß darauf kein Gemüth legen. Das Jahr 1848 hat mit den damaligen Formeln hochblödig, hochblödig, hochdelig und edel ausgeräumt. Seitdem ist wenig geschehen. Ein weites Feld der Reform ist hier noch. Die Frage z. B., wer Hochwohlgeboren und wer Wohlgeboren ist, ist eine äußerst schwierige, ja oft bängligende. Ich weiß aus Erfahrung, wie entsetzlich schwierig die Lösung (Heiterkeit); ich bin zu dem Resultat gekommen, man thue gut daran, möglichst Jeden Hochwohlgeboren zu tituliren (Heiterkeit). Fürst Putbus schreibt einmal Hochwohlgeboren an seinen Schneider, und als er darüber interpellierte, sagte er, wann ich das thue, sitzt der Koch nachher besser. (Große Heiterkeit) Dass die Frage auch in den Ministerien nicht so einfach liegt, mögen Sie aus folgendem Fall sehen: mein Freund Goldschmidt und sein Bruder, der Professor der Geschichte, schickten einem der Minister ein Buch — die Lebensgeschichte eines bekannten Vorfahren. In der Antwort bekam Goldschmidt als Abgeordneter und Hauptmann a. D. in demselben Brief Hochwohlgeboren, während sein Bruder nur Wohlgeboren erhielt, so dass die Anrede an dieses Brüderpaar lautete: „Ew. Hochwohlgeboren und Ew. Wohlgeboren danke ich u. s. w.“ (Heiterkeit) Wie oft die Landräthe in dieser Beziehung fehlen, wissen viele von uns. Es kommt nicht selten vor, dass Abgeordnete, die zweifellos — es ist ja sogar bei uns auf den Couverts, die wir erhalten, gebrückt — das Recht auf Hochwohlgeboren haben, die respektvollere Anrede „Wohlgeboren“ erhalten. (Große Heiterkeit) Es ist wirklich Zeit, dass man mit diesem wichtigen Formular ausgeräumt. Wie viel intricate Untersuchungen erforderte die Sache nicht. Ich glaube früher, die Adligen hätten wenigstens alle das Recht auf Hochwohlgeboren. Aber eine Belehrung in der „Kreiszeitung“ hat gezeigt, dass das nicht der Fall ist. Auch da giebt es Ausnahmen, wenn die Adligen nämlich in der „niedrigen Stellung“ in der bürgerlichen Gesellschaft als Kaufleute, Handwerker

oder Bauern sind. Also der viel umworbbene Bauer und Handwerker ist in einer niedrigen Stellung in der bürgerlichen Gesellschaft! Das ist charakteristisch! Beim Ausmann, da freilich versteht es sich ja bei jenen Herren von selbst. Ich glaube in der That, dass die Herren von der Regierung einmal dieser Sache ihre Aufmerksamkeit zuwenden könnten. Der Reichskanzler hat erfreulicher Weise mit den Neujahrsgratulationen bei den Vorgesetzten aufgeräumt. Ich möchte wünschen: vivat sequens. Ich empfehle in dieser Beziehung den Herren einen im „Staatsanzeiger“ 1890 abgedruckten Vortrag des Regierungspräsidenten Rothe in Kassel. Hier ist mit leichter Mühe noch manches zu thun. Es wäre gut, wenn die Sucht nach Titulaturen und der lästige, zeitraubende Formenkrampf beseitigt würden. (Beifall links.)

Minister Herrfurth: Bei den Bestimmungen über Zulassung politischer Arbeiter handelt es sich um eine Probemafregel, die erforderlichen Falles erweitert oder abgeändert werden soll. Die Verpflichtung des Arbeitgebers, nach vollendetem Arbeit für die Entfernung der Arbeiter zu sorgen, steht nicht in der Ministerialverfügung, sondern in einer von einem Landrat erlassenen Ausführungsbestimmung. Ausweisungen von Ausländern kommen im Allgemeinen jetzt nicht mehr vor, sondern nur noch, wenn sich ein Ausländer lästig macht. Der Specialfall, den der Abg. Rickert erwähnte, ist mir nicht genau in Erinnerung, die genauen Erkundigungen werden aber wohl dahin führen, dass der Betreffende auch ferner unbehelligt hier bleiben kann.

Nun hat der Abg. Rickert einen Schmerzensschrei über die Verschiedenheit des Kamptiles ausgeflossen und über die Anforderungen, die in verschiedenen Behörden gelüftet werden. Soviel es sich um Wohl- und Hochwohlgeborene handelt, hat diese Sache für mich kein actuelles, sondern nur ein archäologisches Interesse (Heiterkeit). Die vom Abg. Rickert erwähnten Fälle sind nicht ähnlich zu meiner Kenntnis gelangt, in Zeitschriften habe ich sie wohl geteilt, hilfet mich aber wohl. Bericht darüber zu verlangen, denn über solche mehr oder minder zu den Quisquilen gehörenden Fragen zu entscheiden ist nicht angenehm. Allerdings sind für den schriftlichen Verkehr der Behörden untereinander gewisse Formen vorzuschreiben, und wenn das auch nirgend gejeglich sieht ist, so ist es doch allgemeiner Brauch, beim Anstreben an eine vorgeordnete Behörde von „Bericht“ bei einem zwischen koordinierten von „Ersuchen“ zu sprechen. Nach dieser Richtung wird man keine Änderung eintreten lassen können, und es entspricht dem Sprachgebrauch, bei den Berichten gehörst du für das Ersuchen ergeben zu schreiben. Es ist ganz correct, und ich gebe darin Hrn. Rickert Recht, wenn man in einem Bericht beide Prädicate wegläßt. Was der Abg. Rickert ausführte, entbehrt ja nicht einer gewissen Komik, aber der Vorwurf trifft in den von ihm erwähnten Fällen doch hauptsächlich den, dessen Männerstolz ihm nicht geistig, einer ihm vorgeordneten Behörde ein Prädicat geben, das als gebrauchlich ist, oder der sich darauf stutzt, da wo der kategorische Imperativ des Gehorsams gegeben ist, bloß seiner Ergebenheit Ausdruck zu geben. (Heiterkeit.)

Abg. v. Schalch (Centr.): Bei den Ausweisungsmaßregeln spielt ein gutes Stück Polensuchtf mit; von dieser Polensuchtf scheint sich der Minister etwas freiemachen zu wollen. Die Zulassung einzelstehender Arbeiter reicht nicht aus; diese sind schwerer zu fesseln als Familien. Die durch die Ausweisungen und Auswanderungen geschaffenen Lücken werden durch die jüngsten Maßregeln der Staatsregierung nicht ausgefüllt. Die Einwanderung der Arbeiter aus Russisch-Polen sollte garnicht behindert werden.

Minister Herrfurth: Von der Polensuchtf brauche ich mich nicht zu erholen, das habe ich bewiesen durch die Einführung der neuen Organisation für die Provinz Posen.

Abg. Rickert: Ich freue mich, dass der Minister in Sachen der Ausweisungen die Verfügung, die ich erwähnte, desavouirt hat. Ich wünsche nur, die anderen Parteien, die diese Maßregeln unter Bismarck für patriotische und staatsmännische uns gegenüber gezeigt haben, unterstützen uns sehr mehr, nachdem sich das Schädliche derselben allgemein herausgestellt hat. Was die andere Frage betrifft, so war die Schüttung der Rente in Höhe des halben Jahreslöhnes, resp. eine zeitweilige Entschädigung in Höhe des halben dem Arbeitnehmer entgehenden Lohnbetrages erhalten; im Todesfalle sollen den Erbvererbten zwei Drittel dieser Rente zufallen. (W. T.)

Paris, 16. März. Mehrere Deputirte haben einen Antrag eingebbracht, wonach die in gefährlichen Industrien beschäftigten Arbeiter bei einer durch Arbeitsunfälle verursachten Arbeitsunfähigkeit eine Rente in Höhe des halben Jahreslöhnes, resp. eine zeitweilige Entschädigung in Höhe des halben dem Arbeitnehmer entgehenden Lohnbetrages erhalten; im Todesfalle sollen den Erbvererbten berechtigten zwei Drittel dieser Rente zufallen.

Paris, 16. März. Die Einführ in Frankreich im Monat Februar betrug 429 Millionen Frs. gegen 393 Millionen im vorigen Jahre. Die Ausfuhr aus Frankreich betrug 284 Millionen gegen 276 Millionen im Vorjahr. (W. T.)

Paris, 16. März. Die Liquidatoren der „Société des dépôts“ Mercet und Moreau haben zum 7. April eine General-Versammlung der Actionäre einberufen beabsichtigt Entgegnung der Berichts- und Beschlussfassung über die im Interesse der Société zu ergreifenden Maßnahmen.

Der Bankier Loubert, welcher ebenfalls wie

der jüngst durchgegangene Bankier Place seine Clienten durch das Versprechen hoher Zinsen

erträge anlockte, hat die Flucht ergriffen. Die Höhe der Passiva ist noch nicht bekannt.

Die große Spiritusbrennerei in Toulouse bei Avignon hat wegen des Maiszolls den Betrieb eingestellt. (W. T.)

Paris, 16. März. Die „Société des Ferges chantiers“ in Toulon ist ermächtigt worden, eines der Kriegsschiffe — der „Président Errazuriz“ nach Haire überzuführen; die anderen in Toulon für Chili gebauten Kriegsschiffe haben daselbst bis auf weiteren Orde zu verbleiben. (W. T.)

Paris, 16. März. In Folge eines zwischen Meline und dem Präsidenten der Deputirtenkammer Floquet getroffenen Übereinkommens kann es nunmehr als sicher gelten, dass die Berathung des Zolltarifes erst nach den Ferien der Kammer, welche vom 21. März bis zum 21. April dauern sollen, stattfinden wird. (W. T.)

London, 16. März. Der Ingenieur Sir Josef Bazalgette, der Schöpfer des Londoner Abzugs-canalsystems, welcher auch die Pläne für den Themseuwall, die Batteriebrücke, die Hammer-smithbrücke und die Putnenbrücke entwarf, ist gestern gestorben. Derselbe hat das Amt eines Oberingenieurs des Londoner Bauamtes 32 Jahre lang bekleidet. (W. T.)

Italien.

Rom, 15. März. In Neapel, Macerata und Bologna fanden heute Versammlungen beschäftigungsloser Arbeiter statt, die ruhig und ohne Ausschreitungen verliefen.

Wie die „Riforma“ aus Livorno meldet, fand heute Nachmittag zwischen der Polizei und mehreren politischen Vereinen, welche sich zum Friedhof begeben wollten, um den Todestag Mazzinis zu feiern, ein ernster Zusammenstoß statt, bei welchem ein Sicherheitswachmann getötet und mehrere Personen verwundet wurden.

Bulgarien.

Sofia, 16. März. Nach einer Meldung aus Neapel ist der Tod des früheren Kriegsministers Makruow plötzlich auf der Rückfahrt vom Theater erfolgt. Der Ministerrath entsandte eine Commission nach Neapel zur Überführung des Leichnams nach Sofia. Die Bestattung erfolgt auf Staatskosten.

Amerika.

* Aus Buenos-Aires vom 15. d. M. eingegangene Meldungen besagen: Der Belagerungs Zustand ist aufgehoben, die Wahlen nehmen einen durchaus ruhigen Verlauf, die Wahlliste der Union Civica ist im Vorprung. General Mitre wird Mittwoch hier erwartet.

Die Subscription auf die Volksanleihe ist gestern geschlossen worden. Dieselbe ergab ein Resultat von 41 Millionen Dollars. (W. T.)

Bon der Marine.

* Das Uebungsgeschwader besteht aus den Panzerschiffen „Kaiser“, „Deutschland“, „Friedrich Karl“ und „Preussen“ sowie dem Aviso „Pfeil“ (Geschwaderchef Contre-Admiral Schröder), ist am 14. März d. J. in Neapel eingetroffen und beabsichtigt am 19. ders

Am 18. März: **Danzig, 17. März.** M.-A.-B.-Tage, S. A. 6.12. u. 6.6. Weitere Aussichten für Mittwoch, 18. März, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wärmer, veränderlich, Niederschläge; lebhaft windig.

Für Donnerstag, 19. März: Rauh, meist trübe; lebhafter kalter Wind; Niederschläge.

Für Freitag, 20. März: Milde, veränderlich, windig; Niederschläge.

Für Samstagabend, 21. März: Meist bedeckt; Niederschläge, kälter.

* [Von der Weichsel.] Der Esgang ist seit Sonntag beendet, die Hochwassergefahr nun wohl auch als vorüber anzusehen, denn das Wasser fällt an allen preußischen Pegeln. Weichsel und Nogat sind eisfrei, bis auf die Mündung der letzteren, wo die Märzenne in den verstopften Mündungen noch das Ihrige zu thun hat. Wasserstände heute bei Forstom 5.16, Aulm 5.56, Grauden 5.80, Kurzebrach 6.48, Pieckel 6.90, Drischau 7.18, Plehnendorf 4.74, Marienburg 6.04, Wolfsdorf 4.78 Meter. — Bei Montau soll der Weicheldamm noch am Sonntag in großer Gefahr gewesen sein. Er ist aber dadurch gehalten worden, daß man mit Bohlen, Strauchwerk und Sandstränen die beginnende Bruchstelle verstopft. Bei Plehnendorf und Neufähr hat die Schärfe der Stromung schon erheblich nachgelassen und es sind die bisher angegriffenen Uferstreichen nicht weiter gefährdet.

Bei Thorn hat die Weichelschiffahrt gestern begonnen; morgen soll sie auch auf der unteren Strecke Danzig-Böhsack-Rothbude wieder aufgenommen werden.

Aus der Einstellung geht uns von gestern Abend folgender Bericht zu: Das Wasser ist heute stark gefallen, eine Folge des fortschreitenden Fallens der Nogat, die Mittags 3.68 Meter hoch stand, gegen Abend jedoch wieder etwas stieg. Die vier Überfälle, durch welche sich das Wasser ergießt, sind stark beschädigt. Das Wasser hat zum Theil die Faschinienlagen daraus mitgeführt, zum Theil auch das Dämchen an den Überfällen zerbrockelt und stückweise fortgerissen. In der Jungfer'schen Laache haben sich große Eismassen abgelagert, an denen sich das Wasser staut. Auch um Jenerkampen lagen noch mächtige Eisblöcke in dichtem Gewirr, die das Wasser nur allmählich weiterfließen. Von den sogenannten Rohrkämpen sind große Erdstücke losgerissen und zerbrockelt auf Wiesen und Acker geflossen, so daß diese sehr verschandet sein dürften. Eine Eisverstopfung, die sich bei Wolfsdorf und Haken-dorf der Stromung hinderlich erwies und größere Gefahr für diese Orte brachte, hat sich im Laufe des Tages gelöst, so daß in Folge des scharfen Wasserabflusses diese Ortschaften jetzt wieder Wasser haben. Die Durchbruchsstelle Jenerkampen gegenüber hat die Stromung beträchtlich breiter gewachsen. Der letzte der dort bedrohten Bevölkerung wurde der holoskalen Eis massen wegen erst heute Mittag in Sicherheit gebracht. Die Bewohner sind im Laufe des heutigen Tages fast sämmtlich auf trockenes Land übergesiedelt. Nur wenige ziehen es vor, auf den Häuschen den Absluß des Wassers abzuwarten. Die Stopfung bei Jenerkampen löste sich Vormittags bis zum Ribithaken, Nachmittags noch weiterstromab. Man nimmt an, daß sich das Kessels vor der Nogatmündung gehoben hat und, dadurch ein Abgang des Nogateiles ermöglicht ist.

In der Drauseniederung ist die Lage der Bewohner noch immer traurig. Ein Steigen des Elbings um 3 Zoll hat auch ein abermaliges Steigen des Überschwemmungswassers bewirkt. Weil sich das Wasser in den Wänden emporsocht und die Wohnungen ungenug macht, haben viele Leute auf den höher gelegenen Nachbargrundstücken Zuflucht gesucht. Eben so trübe wie im Süden der Stadt Elbing am Drausen steht es im Norden derselben am Kraffohl und Elbing aus. Hier befindet das Stauwasser von den Häusern der Vorstadt an bis zum Haff hin mit wenig Unterbrechungen Wiesen, Äcker und Rohrkämpen, während es sich links vom Kraffohlsdamm aus den Elberwaldbischen Triften bereits verzogen hat. Dennoch müssen hier 6 Dampfmahlmühlen, von denen eine mit 2 Kesseln arbeitet, Tag und Nacht thätig sein, um es zum Elbing und Kraffohl abzupumpen.

+ Deutlich, 16. März. Die Schwente hat auch den linkssitzigen Wall in der Nähe von Tiege ziemlich durchbrochen. Während der Nacht war das Wasser um einen halben Fuß gefallen, bei Tage aber noch höher gestiegen.

* [Hochwasser.] Gestern haben wir bereits darauf hingewiesen, daß die Nogat auch diesmal wieder ihre absolute Unfähigkeit als Mündungsarm darthant hat. Diese Thatsache bedarf noch der Ergänzung durch den Hinweis auf die Gefahren und Schäden, welche durch die Nogatausfälle für ein großes Niedrigungsgebiet hervorgerufen werden. Die Nogat mündet bei Hochwasser und Esgang, so weit von einer Mündung überhaupt die Rede sein kann, nicht in den zahlreichen, vielverzweigten, versandeten Flussläufen zwischen den Mündungs-Inseln, den sogenannten Kämpen, sondern der Absluß befindet sich unsern der Ortschaft Jungfer, da, wo die sog. Ausfälle des Einlagegebiets liegen. Durch die Einfälle bei Neu-Horstebusch, Wolfsdorf und Jener wird das Eis und Hochwasser der Nogat in das Entlastungsgebiet der sog. Einlage geführt. Zunächst wird das etwa 4000 Hektar umfassende Becken der Einlage gefüllt; hat der Wasserstand hier eine gewisse Höhe erreicht, so findet durch die Ausfälle bei Jungfer der Absluß ins Haff statt. Dasselbe liegt regelmäßig — so auch in diesem Jahre — unter festem Winterseidecke. Durch die vorgelagerten Kämpen wird der Absluß oftweils gehindert; das Nogatwasser dringt daher westwärts in die zahlreichen Mündungen der Tiege und der Elbinger Weichsel, und zwar um so stärker, wenn, wie in diesem Jahr, der Wind aus Südost weht. Das Nogathochwasser gefährdet zunächst die einige zwanzig Kilometer lange Staudeichkette, welche den Großen Marienburger Werder gegen das Haff und die Tiegeausfälle abschließt. Durch thatkräftige Vertheidigung gelingt es in den meisten Fällen — so auch in diesem Jahr — diese Deiche zu halten. Desto stärker ist der Andrang gegen die eingewallten inselartigen Polder und Kämpe zwischen den Ausfällen der Tiege und der Elbinger Weichsel. Dem Nogathochwasser vermögen die Stauverwaltungen nicht Widerstand zu leisten. Mit Sicherheit tritt hier Dammbrock und Überflutung ein. So ist es 1888 und 1889 gewesen, so auch in diesem Jahr. Die Ortschaften Halerhorst, Altendorf, Stobendorf

siehen unter Wasser, zahlreiche weitere Ortschaften sind gefährdet. Das Nogathochwasser dringt ferner die Tiege und Schwente aufwärts über Tiegenhof bis Neuteich und ruft hier derartige Wasserstände hervor, daß die Binnengewässer und Haffstau ausreichend hergestellten Wälle nicht stand halten können. Deichbrüche sind unvermeidlich, so in diesem Jahre bei Rückenau. Zunächst wird dadurch die Eisenbahnstrecke Simonsdorf-Tiegenhof überflutet und unfahrbare gemacht. Sobald werden mehrere Ortschaften Rückenau, Marienau und andere, unter Wasser gesetzt. Durch den Aufstau des gleichzeitig stark abströmenden Frühjahrs-Binnengewässers erstreckt sich die Einwirkung der Nogat bis weit in das Gebiet der oberen Schwente und damit bis zum oberen Werder. Eine ähnliche schädliche Einwirkung auf das Binnengewässer übt das Nogathochwasser auf die Flussgebiete der Jungfer'schen Laake im östlichen und der Lennau im westlichen Theile des Marienburger Werders. Iwar sind diese Flüsse an den Ausmündungen durch Staustufen gegen das direkte Eindringen des Hochwassers geschützt. Es entsteht jedoch in Folge Hemmung des Abflusses alsbald ein derartiger Aufstau des Binnengewässers, daß die Verwaltungen überflutet und die Niedersungen unter Wasser gesetzt werden. Auf diese Weise ist fast das ganze, rund 12 Quadratmeilen große Gebiet des Großen Marienburger Werders durch den Nogatausfluß geschädigt. Bestehen diese Schäden auch nur in den selteneren Fällen in dauernden Beschädigungen, wie Verbindungen und Auskolkungen des Grund und Bodens oder Vernichtung der Gebäude, so ist der Schaden an vernichteten Wintersaaten doch ein ganz erheblicher und berechnet sich jährlich nach Hunderttausenden. Hierzu treten die außerordentlich kostspieligen Auswendungen für das künstliche Entfernen des Überschwemmungswassers mittels Dampfkraft. Die Lasten, welche dadurch dem ganzen auf künstliche Entwässerung angewiesenen Gebiete erwachsen, sind wahrhaft erdrückende. Abhilfe für diese Übelstände ist nur auf einem Wege möglich, dadurch, daß die Nogat als Ausflusskanal der Weichsel — soweit es sich um Esgang und Hochwasser handelt — befreit wird.

* [Gläubigers.] Die Stadtverordneten-Versammlung wird in dieser Woche zwei Mal — heute und am Freitag — Plenarversammlungen abhalten. Am Freitag wird der Magistrat den Haupthaushaltungs-Etat pro 1891/92 vorlegen und dabei den in § 61 der Städte-Ordnung vorgeschriebenen ausführlichen Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeinde-Angelegenheiten erstatten.

* [Wiederhergestellter Betrieb.] Die durch Hochwasser gefährdet gewesene Eisenbahnstrecke Neuteich-Tiegenhof ist wieder betriebsfähig und der Verkehr auf der ganzen Strecke Simonsdorf-Tiegenhof heute in vollem Umfange aufgetreten.

* [Zucker-Befreiungen.] In der ersten Hälfte des Monats März sind über Neufahrwasser an inländischem Rohzucker verschifft worden: 19920 Zollcentner nach England und 6000 nach Schweden und Dänemark, ferner 33000 Zollcentner an inländische Raffinerien abgegeben. Der Gesamt-Export in der Campagne beträgt bis jetzt 1272766 Zollcentner (gegen 929090 resp. 1258009 in den beiden Vorjahren). Zufuhr in Neufahrwasser bis Mitte März 1891: 1646838, 1890: 1610420, 1889: 1222977 Zollcentner; Lagerbestand am 16. März 1891: 428300, 1890: 686214, 1889: 206032 Zollcentner. — Der russische Zucker sind in der Campagne bisher 141390 Zollcentner (18266 im Vorjahr) verschifft und 19740 Zollcentner noch auf Lager.

* [Privat-Beamten-Verein.] In der gestern Abend abgehaltenen General-Versammlung des hiesigen Zweigvereins des deutschen Privat-Beamten-Vereins wurde nach Erstattung des Jahresberichts durch den Vorsitzenden Herrn Moritz zunächst die Rechnungs-Deklaration erhobt und die Revisoren wiedergewählt. Aus dem Jahresbericht entnehmen wir, daß dem Gesamtverein Ende v. J. 7311 Mitglieder, davon 877 der Witwenkasse mit 1399 Quoten, der Pensionskasse 1149 mit 2882 Quoten, der Begärtnerkasse 1155 mit 441600 Mk. Versicherungssumme angehörten. Das Vermögen des Gesamt-Vereins besteht aus 518500 Mk. in Hypotheken und Effecten und 3500 Mk. bei Banken und baar. Die Kaiser Wilhelm Privatbeamten-Waisenstiftung besaß ein aus freiwilligen Spenden der Mitglieder und Gönner des Vereins zusammengesetztes Kapital von 13314 Mk., aus welchem 4 Waisen laufende Unterstützung erhielten. Dem hiesigen Zweigverein gehörten am Jahresabschluß 131 Mitglieder an.

* [Einjähriges Freiwilligen-Examen.] Am Sonnabend fand das schriftliche und gestern das mündliche Examen bei der hiesigen Regierung unter dem Vorsitz der Herren Oberst v. Winterfeld und Regierungsrath Meyer für junge Leute statt. Es hatten sich hierzu 7 junge Leute gemeldet, von denen 3 bestanden, und zwar Frih Kunze, Max Bogdanski und Felix Potentarsky.

- a - [Wilhelmtheater.] Von dem Ballettpersonal wurde gestern das Ballet „Fra Diavolo“ zur Aufführung gebracht, welches s. J. von Paul Taglioni arrangeriert worden ist und damals vielen Beifall gefunden hat. Die Idee ist für ein Ballet sehr gut erbracht: eine Tänzerin auf Reisen wird von Räubern überfallen und muß, um ihr Leben zu retten, vor denselben Proben ihrer Kunstfertigkeit ablegen. Vor und nach diesen Solitären wurden Räuberstänze und italienische Bauernstänze in phantastischen Kostümen aufgeführt, so daß das Ballet eine ganze Reihe wirkungsvoller Gruppen darbot. Die Rolle der gefangenen Tänzerin führte 3. Kl. Sachse vorzüglich durch. Die Kostüme der fünfunddreißig Personen, die in dem Ballett auftreten, zeichneten sich durch Geschmack und Originalität aus, so daß der reiche Beifall ein wohlverdienter war. — Morgen (Mittwoch) findet übrigens eine Benefizvorstellung für Herrn Siegler statt, den unermüdlichen Regisseur und Gesangskomiker, der sich durch seinen frischen, stets in den Grenzen der Decenz gehaltenen Humor und seine komische Originalität viele Freunde erworben und während der ganzen Saison seines Amtes zu steter Begehrung des Publikums gewahrt hat.

w. r. Pukis, 16. März. In Barnowit, einer Ortschaft unseres Kreises, hat die unverheiliche R. ihr neu geborenes Kind auf dem Dünghausen verscharrt und elendiglich umkommen lassen; auch gestand die unmäßige Mutter, bereits vor mehreren Jahren ein ihr gehöriges Kind im Walde erschlagen und auf freiem Felde unter einem Arctisif begraben zu haben. — Die Wintersaaten haben in Folge des strengen Winters, hauptsächlich auch durch den vielen Schnee erheblich gelitten. Viele Roggenfelder sind fast gänzlich ausgefault. — Der hiesige Verschönerungverein gedenkt in diesem Jahre die Seeuer bis zum Herrenbade zu bepflanzen.

Y Thorn, 16. März. Heute ist hier ein schwerer Verbrecher entsprungen. Vor der Strafkammer sollte gegen den Räther Anton Schulz aus Friedrichsbruch wegen Körperverletzung verhandelt werden, der gegenwärtig in Grauden eine ihm vom hiesigen Schwurgericht im Jahre 1889 auferlegte Zuchthausstrafe von 12 Jahren verbüßt. Man hatte ihn deshalb von Grauden hierher transportiert und in einer Zelle des Landgerichtsgefängnisses untergebracht. Als man diese

heute öffnete, war der Verbrecher entwichen. Er hatte mit einem Nagel, den er sich auf bisher nicht aufgeklärte Weise zu verschaffen gewußt hat, das Schloß geöffnet. Seine Zuchthausstrafe erhält Schulz, weil er die Ehemalige des Besitzers Bantowski in Friedrichsbruch, mit der ein intimes Verhältnis unterhielt, erdrostet und sodann aufgehängt hat.

* Königsberg, 16. März. Der ostpreußische Provinzial-Landtag hat in seiner letzten Sitzung der ostpreuß. Gewerbe kammer den nervus rerum entzogen, weil sie, wie ein stramm conservativer Redner sich ausdrückte, „mathematisch und medizinisch ihre Lebensunsicherheit dargethan“ habe. Die bisher bewilligte Subsidie von jährlich 5000 Mk. wurden eingestrichen und nur beschlossen, die im letzten Jahre ersparten ca. 3300 Mk. ihr noch zu einem anständigen Begräbnis zu belassen, d. h. damit sie ihre Arbeiten abwickeln und ihren letzten Jahresbericht fertigstellen kann. Ferner wurden 3500 Mk. Kosten für die aus dem Auslande ausgewiesenen hilfsbedürftigen Deutschen und die Unterhaltung des Herzog Albrecht-Denkmales auf die Provinz übernommen.

Braunsberg, 15. März. Auch an unserer Passarge ist trotz der Eissprengungen ein Dammbruch eingetreten. Es wurden ca. 30 Meter Damm fortgespült und eine größere flache Landstätte, glücklicherweise in der Nähe des Hafes, überflutet.

Tilsit, 16. März. Der Esgang auf dem Memelstrom hat begonnen.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Berlin, 17. März. (W. T.) Dem heutigen feierlichen Requiem in der Hedwigskirche zum Gedächtnisse Windthorsts wohnte eine zahlreiche ansehnliche Versammlung bei. Als Vertreter der Majestäten waren Graf v. Mirbach und der Hausminister v. Wedell, ferner der Reichskanzler v. Caprivi, die Minister v. Bötticher, Miquel, v. Gochler, viele Abgeordnete etc. anwesend. Der mit Kränzen (darunter die des Kaisers, des Prinzen-Regenten von Bayern, des Windthorst'schen Wahlkreises) reich bedekte Sarg war auf einem Katafalk vor dem Hochaltar aufgebahrt. Fürstbischof Rapp celebrierte das Hochamt und hielt die Gedächtnisrede, in welcher er die Eigenschaften des Entschlafenen als Menschen, Politiker und gläubigen Christen feierte. Hierauf wurde der Sarg in feierlichem Zuge, unter Begleitung studentischer, Kaufmännischer und anderer Vereine und zahlreicher Abgeordneten und Leidtragenden, sowie der Geistlichkeit, zum Bahnhofe übergeführt. Hinter dem vierspannigen Leichenwagen schritt die Centrumsfraction; an ihrer Spitze wurden die Orden des Entschlafenen getragen.

London, 17. März. (Private Telegramm.) Der Beschlagnahme des englischen Dampfers „Countesse Carnaval“ durch die Portugiesen wird hier keine Bedeutung beigelegt.

Rom, 17. März. (Private Telegramm.) Der König ist in Folge von Überranstrengung leidend.

Bukarest, 17. März. (Private Telegramm.) Bei Maraschi ist in vergangener Nacht ein Zug entgleist. Der Postwagen wurde zertrümmert und 15 Personen getötet.

Schiffs-Nachrichten.

London, 18. März. (Sel.) Der englische Dampfer „Marana“, von hier nach Colombo unterwegs, ist bei Start Point im englischen Kanal total wrack geworden; 25 Personen, darunter der Kapitän und alle Offiziere, sind ertrunken.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Berlin, 17. März.		Trs.v.16.	Trs.v.16.
Weizen, gelb	April-Mai	210.10	208.50
	Mai-Juni	208.50	207.25
Roggen	April-Mai	181.70	181.25
	Mai-Juni	178.70	178.75
	Sept.-Okt.	60.70	61.60
	April-Mai	50.40	50.30
	Juni-Juli	50.60	50.50
4% Reichs-A.	106.30	106.50	105.80
3½% do.	99.20	99.10	98.40
4% Confols	105.70	105.80	104.80
3½% do.	86.40	86.40	86.40
do. neue	96.80	96.90	96.90
3½% Ital.-G. Pr.	57.70	57.10	57.10
do. Kente	94.30	94.40	94.40
4% em. G.-R.	87.00	86.90	87.00
			Trk. 5% A.-A.
			91.20
			90.75
			Fondsbörse: fest.

Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 17. März.

Weizen loco unverändert, per Tonne von 1000 Kilogr. feinglasig u. weiß 126—136 1/2 172—215 M.Br.

hochbunt 126—134 1/2 171—214 M.Br. 153—208 bunt 126—132 1/2 167—212 M.Br. M. bei, rot 126—134 1/2 163—211 M.Br. 120—130 1/2 153—206 M.Br.

Reulungspreis bunt lieferbar transit 126 1/2 162 M. zum freien Verkehr 128 1/2 206 M. Auf Lieferung 125 1/2 bunt per April-Mai transit 161 M. bei, per Mai-Juni transit 161 1/2 M. Br. 161 M. bei, per Juli-August transit 158 M. Br. 157 M. Br. per Sept.-Okt. transit 158 M. bei.

Roggen loco schwächer, per Tonne von 1000 Agr. grobkörnig per 120 M. inländ. 162 M. bei, transit 122 M.

Regulungspreis 120 M. lieferbar inländisch 168 M. unterpol. 123 M. transit 121 M.

<p

Beilage zu Nr. 18805 der Danziger Zeitung.

Dienstag, 17. März 1891.

Reichstag.

90. Sitzung vom 16. März.

Die dritte Berathung des Eats für 1891/92 wird mit dem Etat der Reichs-Justizverwaltung fortgesetzt.

Abg. Gutfleisch (Frei): In der zweiten Berathung beklagte der Abg. Böckel, daß nach dem § 93 der Gebührenordnung für Rechtsanwälte diese durch freie Vereinbarung sich von ihren Clienten höhere Gebühren ausbedingen könnten, als das Gesetz vorschreibe. Darin liege die Möglichkeit einer Erpressung. Als einen solchen Fall von Erpressung führte er an, daß zwei Rechtsanwälte in Hessen die Notlage eines armen Mannes, welcher wegen Verleumdung verurtheilt war, dessen Freisprechung in zweiter Instanz aber möglich war, dadurch ausgebeutet hätten, daß sie sich für die Vertheidigung 50 Mk. ausbedungen hätten, während sie nur 10 Mk. zu verlangen hätten. Die Sache ist ungewiß. Mir sind die beiden Rechtsanwälte als hochachtbare Männer bekannt. Es handelt sich um einen äußerst schwierigen und zeitraubenden Fall. Der Mann hatte nach der Aufforderung zur Zahlung von 50 Mk. noch 5 Tage Zeit, sich eventuell einen anderen Rechtsanwalt zu nehmen, hat aber sofort in die Forderung gewilligt. Der Erfolg der Vertheidigung war auch seine Freisprechung. Alle Collegen erklärten, daß auch nicht der Schatten eines Vorwurfs auf die beiden Rechtsanwälte falle. Der Mann war auch kein „armer Mann“. Ich befürwerte, daß solche Anklagen ohne genügende Unterlagen dem Hause zu Last fallen könnten. (Beifall links.)

Abg. Stadtthagen (Soc.): Der Abg. Böckel hätte sich lieber auf das Gebiet beschränken sollen, auf dem er sachverständig ist, auf das der Alimente, statt sich auf Gebiete zu begeben, von denen er keine Ahnung hat. Der vorliegende Fall beweist nur, daß die gesetzliche Gebühr von 10 Mk. für eine Revisionsrechtsfertigung zu niedrig ist. — Redner führt ferner Beschwerde darüber, daß häufig lange dauernde Untersuchungshaft ohne genügenden Grund über Personen verhängt werde, die nachher freigesprochen werden; und sie erhalten dann nicht die geringste Entschädigung für die ihnen zugesetzten Nachtheile. Die Staatsanwälte gingen gegen ihre politischen Gefinnungsgenossen auch nicht so rigoros vor, wie gegen Socialdemokraten. Letztere hätten darum auch besonders Ursache, gegen dieses System Verwahrung einzulegen.

Staatssekretär Bosse: Die Verhaftung Unschuldiger ist höchst bedauerlich, aber es geht kein Mittel, sie ganz zu verhindern. Mit einem bloßen Zusatz zu § 112 der Strafprozeßordnung, die Beamten, die jemand unschuldig verhaftet, strafrechtlich oder civilrechtlich verantwortlich zu machen, ist die Sache nicht gemacht. Mein Amtsvorläger hat bereits die Reformbedürftigkeit der Strafprozeßordnung und des Strafgesetzbuchs anerkannt. Das Tempo der Reform soll nicht verlangsamt werden, und bei dieser wird auch die vom Vorredner angeregte Frage zur gründlichen Erwägung kommen.

Abg. Gröber (Centr.) bestreitet, daß irgendwo der preußische Richterstand nach Willkür Untersuchungshaft verhängen wird. Irrthümern könnten vorkommen; aber die vom Abg. Stadtthagen angeführten Fälle reichen nicht aus, die von ihm behauptete Willkürlichkeit der Richter zu begründen. Auch Stadtthagen hat kein Mittel zur Abhilfe vorzuschlagen gebracht.

Abg. Stadtthagen (Soc.): Ich danke dem Herrn Staatssekretär dafür, daß er die von mir vorgebrachten Fälle als Material bei der in Aussicht genommenen Änderung des Gesetzes verwenden will. Es ist ein Irrthum, daß ich keine Verbesserungsvorschläge gemacht habe. Wir würden ein gutes Glück vorwärts kommen, wenn die Polizei, Staatsanwälte und Richter, welche bei der Verhaftung mitwirken, nicht bloß moralisch, sondern auch straf- und civilrechtlich für ungerechtfertigte Verhaftungen verantwortlich gemacht würden. Dafür macht der Richter den Staatsanwalt, und umgekehrt, dieser jenen verantwortlich, und die wirkliche moralische Verantwortlichkeit trifft schließlich keinen.

Abg. Gröber (Centr.): Wenn man jeden Richter, der eine ungerechtfertigte Verhaftung verfügt, mit seinem Vermögen haftbar machen will, dürfte man bald niemand mehr finden, der Richter werden wollte. Will der Stadtthagen Volkgerichte statt unserer jetzigen Schwurgerichte einführen, so bitte ich ihn, für solche zu sorgen, die einen Genossen nicht verurtheilen, weil er verboteinermaßen in die Philharmonie ging. (Heiterkeit.)

Abg. v. Stauffenberg (Frei): Die wichtigste Hilfe bei ungerechtfertigten Verhaftungen liegt in der von uns schon verlangten Entschädigungspflicht für unschuldige Verhaftete; aber Richter, Staatsanwälte oder Polizei, die eine solche Verhaftung anordnen, kann ich ohne nachgewiesenes Verschulden nicht haftbar machen.

Bei dem Etat des Reichs-Schatzamtes bemerkte Abg. Graf Mirbach (Conf.): auch in der Goldwährungsparte breite allmähliche die Überzeugung durch, daß ein Steigen des Silberpreises auch ein Steigen des Waarenpreises zur Folge habe. Der frühere Abg. Wörmann habe dies ausdrücklich zugegeben. Ferner bemerkte er gegenüber einer früheren Behauptung des Abg. Bamberger, daß der Goldvorrath der Bank von Frankreich größer sei, als der der deutschen Reichsbank.

Abg. Bamberger (Frei) erwidert, daß Abg. Wörmann in der betreffenden Debatte nur darauf hingewiesen hätte, daß die Agrarier früher den niedrigen

Silberpreis als Ursache des niedrigen Getreidepreises bezeichnet und deswegen Kornzölle verlangt hätten, bei dem Steigen des Silberpreises aber diese Consequenz gegen die Kornzölle nicht ärgern. Ebenso habe niemand den größeren Goldvorrath der Bank von Frankreich bestritten, man habe nur betont, daß, wenn man auch die Verpflichtungen in Vergleich ziehe, die deutsche Reichsbank besser dastehe, als die Bank von Frankreich.

Abg. v. Karendorff (Reichsp.): Das Silber wird sich mit elementarer Gewalt seine richtige Stellung auf dem Weltmarkt erringen und uns so aus den polizeilichen Differenzen, in denen wir uns jetzt befinden, herausbringen.

Über die in zweiter Lesung eingereichte Resolution Richter betreffend die Höhe der Reisekosten-Geschäftsgebühren beantragt die Budget-Commission die Annahme des Antrages in folgender Fassung: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, das Reglement in Betreff der Vergütungen für Reisekosten der Beamten und Offiziere den veränderten Verhältnissen entsprechend einer Revision zu unterziehen und hierbei für Dienstreisen, welche auf Eisenbahnen oder Dampfschiffen zurückgelegt werden, an Stelle der Kilometergelder die Beträge für die Fahrtkarten zu vergüten.“ — Ohne Debatte wird dieser Antrag einstimmig angenommen.

Beim Etat des Reichseisenbahnamtes bemerkte

Abg. Graf Moltke (Conf.): Wir haben in Deutschland fünf verschiedene Einheitszeiten; wir rechnen in Norddeutschland einschließlich Sachsen mit Berliner Zeit, in Bayern mit Münchener, in Württemberg mit Stuttgarter, in Baden mit Karlsruher und in der Rheinpfalz mit Ludwigshafener Zeit. Alle die Unzuträglichkeiten und Nachtheile, denen wir befreit sind, an der französischen und russischen Grenze zu begegnen, wenn wir für ganz Deutschland eine Eisenbahneinheit einführen, haben wir heute schon. Das ist eine Ruine, die stehen geblieben ist aus der Zeit der deutschen Zersplitterung, die aber, nachdem wir ein Reich geworden sind, billig wegzuräumen wäre. Redner führt aus, welche Bedeutung der bestehende Zustand für den Fall einer Mobilisierung zur Folge hat. Es würde ein großer Vortheil sein, wenn wir wenigstens für die Eisenbahnen eine allgemeine deutsche Einheitszeit erlangen könnten. Dafür geeignet ist vor allem der 15. Meridian. Derselbe schneidet durch Norwegen, Schweden, Deutschland, Österreich und Italien. Er würde also eventuell geeignet sein, um später vielleicht eine mitteleuropäische Zeit herbeizuführen. Bei der Grundlegung des 15. Meridians, des sogenannten Stargarder Meridiens, entstehen an unseren äußersten Grenzen Zeitverschiedenheiten im Osten von 31 Minuten, im Westen von 36 Minuten. In viel größeren Differenzen hat man in Amerika kein Hindernis gesehen. Aber selbst wenn wir eine Einheitszeit nur für die Eisenbahnen erlangten, so sind damit nicht alle Uebelstände gehoben. Das ist nur möglich, wenn wir für ganz Deutschland eine einheitliche Zeitrechnung erlangen, d. h. wenn alle Ortszeiten abgeschafft werden. Dagegen bestehen noch im Publikum allerlei Bedenken, ich glaube mit Unrecht. Die Gelehrten der Sternwarte sind nur darum dagegen, weil sie nicht eine deutsche, sondern eine Welt-Einheitszeit wollen. Sie wenden ein, daß nur ein kleiner Theil des Publikums auf den Eisenbahnen verkehrt; aber noch ein viel kleinerer Theil verkehrt auf den Sternwarten und besteht aus Astronomen, Meteorologen, Geodäten. (Heiterkeit.) Die Beeinträchtigungen im bürgerlichen Leben aus der Einheitszeit werden leicht zu überwinden sein. In den Fabriken braucht man zur Ausgleichung der Zeitdifferenzen nur den Tarif entsprechend zu modifizieren. Die ländlichen Arbeiter sehen überhaupt nicht nach der Uhr, sie sehen nur nach der Uhr am Himmel. Im praktischen Leben geht es überhaupt nicht nach der Minute. Die Schuhuhren werden oft 10 Minuten zurückgestellt, damit die Kinder warten, bis der Lehrer kommt (Heiterkeit). Die Gerichtsuhr wird zurückgestellt, damit die Parteien da sind, wenn die Verhandlung beginnt. An den Eisenbahnen stellt man in der Regel auch die Uhr einige Minuten vor, selbst das hohe Haus hier hat eine akademische Viertelstunde. (Heiterkeit.) Die Frage läßt sich nicht durch Abstimmungen, durch einen Majoritätsbesluß regeln, sie ist nur durch Verhandlungen im Bundesrat und internationale Vereinbarungen in die Wege zu leiten, aber diese Verhandlungen werden erleichtert, wenn der Reichstag sich sympathisch für ein Prinzip ausspricht, welches in Amerika, England, Dänemark, Schweden, in der Schweiz und auch in Süddeutschland bereits ohne wesentliche Störung zur Geltung gebracht ist. (Beifall.)

Abg. v. Stumm (Reichsp.) muß trocken der eben geäußerten Rede bei seiner Auffassung bleiben, daß die Ortszeit aufrecht zu erhalten ist.

Beim Etat des Reichsinvalidenfonds bemerkte

Abg. Graf Mirbach (Conf.): auch in der Goldwährungsparte breite allmähliche die Überzeugung durch, daß ein Steigen des Silberpreises auch ein Steigen des Waarenpreises zur Folge habe. Der frühere Abg. Wörmann habe dies ausdrücklich zugegeben. Ferner bemerkte er gegenüber einer früheren Behauptung des Abg. Bamberger, daß der Goldvorrath der Bank von Frankreich größer sei, als der der deutschen Reichsbank.

Abg. Bamberger (Frei) erwidert, daß Abg. Wörmann in der betreffenden Debatte nur darauf hingewiesen hätte, daß die Agrarier früher den niedrigen

anrechnung der militärischen Dienstzeit für den Gemeinde-dienst bezüglich der Pension fühlbar gemacht haben.“

Abg. Richter: Die Annahme der beiden ersten Resolutionen kann ich nur empfehlen, nicht aber die dritte; jene beiden befreien sich nur mit Kriegsinvaliden und sind finanziell begrenzt, da die Mittel dafür sich aus dem Reichsinvalidenfonds ergeben; die dritte betrifft Militärpensionäre überhaupt, ihre finanziellen Consequenzen lassen sich nicht übersehen und das Mehr an Ausgaben würde nicht bloß auf den Reichsinvalidenfonds, sondern auch auf die gewöhnlichen Staatsmittel entfallen.

Abg. v. Manteloffel (Conf.): Ich bitte auch, die dritte Resolution anzunehmen. Die Unzuträglichkeiten von keiner Seite bestritten werden. Wenn der Reichstag die Regierung bittet, diesen Unzuträglichkeiten abzuholen, so präjudiziert man der Zukunft nicht.

Abg. Hammacher tritt diesen Ausführungen bei.

Die sämtlichen Resolutionen werden darauf angenommen.

Beim Etat der Post- und Telegraphenverwaltung bemerkte

Abg. Böllrath (Conf.): Der Beitrag der Zeitungs-Telegrammegebühren von 330 000 Mk. ist in der zweiten Lesung von verschiedenen Seiten des Hauses als vollständig falsch nachgewiesen worden. Gleichwohl war diese Ziffer bis heute von dem Reichspostamt noch nicht berichtig. Wenn die Reichs-Postverwaltung es nicht für werthält, diese Ziffer authentisch richtig zu stellen, bürfen künftig Anwandlungen des Misstrauens in Bezug auf solche statistischen Angaben berechtigt sein. Auch über die Nachricht der offiziellen „Verkehrs-Zeitung“, daß seit Herausgabe der Telegrammgebühren von 6 auf 5 Pf. der Telegrammvertrag um 7 Proc. sich gehoben habe, ist eine Aufklärung uns noch nicht gegeben. Redner führt auch Beschwerde über die ungünstige Behandlung, welche dem Verein der Postassistenten durch die Vorgesetzten zu Theil wird, und führt Beispiele dafür an.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg führt Beschwerde darüber, daß der Postassistent Sommerburg in Weener (Ostfriesland) wegen antisemitischer Agitation eine Strafverfolgung erfahren habe.

Director Fischer: In Folge der Herabsetzung des allgemeinen Telegraphentarifs sind allerdings die Erträge der Telegramme in den daraus folgenden Monaten um 7 Prozent gestiegen. Diese Steigerung reicht aber nicht, um den entstehenden Ausfall zu decken. Was den Verband der Postassistenten betrifft, so bemerke ich, daß der Chef der Postverwaltung dem Vereinswesen keineswegs abgeneigt ist. Wir sind sämtlich Mitglieder geselliger Vereinigungen zur Pflege der Collegialität. Aber die Vereine der Postassistenten sind über das ganze Reichsgebiet ausgedehnt mit einer gegliederten Organisation. Es heißt in den Statuten dieser Vereine, daß es Zweck dieses Verbandes sei, die Interessen des Postassistentenstandes zu vertreten. Ja, die Vertretung der Interessen einer Klasse von Beamten über ein ganzes Gebiet kann doch die Verwaltung nicht gleichgültig ansehen. — Die vom Abg. v. Liebermann erwähnte Verziehung eines Beamten aus einem offiziellen Ort steht mit Semitismus, Antisemitismus, oder wie Sie es nennen wollen, in gar keinem Zusammenhang. (Hört! links.) Es hat eine Untersuchung geschworen, wegen Abhandenkommens eines Briefes, und im Interesse der Dienstpflicht ist die Verziehung erfolgt, für die er sich noch dazu bei seinem Vorgesetzten bedankt hat, weil sie ihn aus unliebsamen Verhältnissen befreite, in welche er durch sein außeramtliches Verhalten gerathen sei.

Abg. Wisser (lib.) wünscht weitere Vergünstigungen für den Paketverkehr mit den Angehörigen der Armee, damit die Liebesgaben von Hause den im Heere stehenden Söhnen rechtlich zugleich seien. Director Fischer: Die Grenze der Postfreiheit ist 1863 nicht ohne Schwierigkeit gesetzlich geregelt worden. Uebrigens wird von der bisherigen Einrichtung ein sehr lebhafte und umfassender Gebrauch gemacht.

Abg. Schäder (Centr.): Die Abneigung der Central-Postverwaltung gegen den Verband der Assistenten ist durchaus unberechtigt. Mir sind 44 Vernehmungen bekannt, welche zum größten Theil darauf zurückgehen, daß die betreffenden Beamten sich zu Verbandsvertretern oder Vorstandsbeamten halten wählen lassen. Die Postbeamten haben wie alle übrigen Reichsangehörigen das freie Vereinsrecht; dieses will ihnen die Postverwaltung auf solche gewaltsame Weise verhümmern.

Abg. Metzger (Soc.) beschwert sich über die Verwendung von Negern und Kulis auf vom Reich subventionierten Postdampfern.

Die weitere Staatsberathung wird hier ausgesetzt und zunächst die Patentgesetznovelle in 3. Lesung en bloc angenommen.

Darauf verlagt sich das Haus auf Dienstag.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Hamburg, 16. März. Getreidemarkt. Weizen auf Ruhig, holsteinischer loco neuer 185—205. — Roggen loco ruhig, mecklenburgischer loco neuer 185—190, russ. loco ruhig, 132—136. — Hafer ruhig. — Gerste ruhig.

Rüböl (unverzehl.) fest, loco 62.00. — Spiritus fest, per April 24.25, per Mai-August 76.00. per Septbr. 42.75. — Wetter: Regnerisch.

Baris, 16. März. Getreidemarkt. Weizen seit, per März 28.30, per April 28.40, per Mai-August 28.50, per Septbr. 28.50, per Octbr. 28.40. — Roggen ruhig.

Baris, 16. März. Getreidemarkt. Weizen auf Terme niedriger, per März —, per Nov. 235. Roggen loco geschäftl. do. auf Terme flau, per März 173—172—171, per Mai 164—163—164—165—164—163, per November 154—153—152—151—152. — Rüböl loco 34 1/2, per Mai 32 1/2, per Herbst 33.

Antwerpen, 16. März. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffiniertes Ende loco 16 1/2 bis u. Br., per März 16 1/2 Br., per April 16 Br., per Mai 16 1/2 Br. Ruhig.

Antwerpen, 16. März. Weizen behauptet. Roggen fest, hafer unverändert. Gerste ruhig.

Baris, 16. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen seit, per März 28.30, per April 28.40, per Mai-August 28.50, per Septbr. 28.50, per Octbr. 28.40. — Roggen ruhig.

Baris, 16. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen knapp voll 1 sh. teurer, fremder Mehl sehr ruhig unverändert. Mehl sehr fest, hafer kräfte 1/2 sh. niedriger als in voriger Woche. Mais, und Gerste 1/2 sh. in vollem Preise. Bohnen und Erbsen steigen 1/2 sh. höher.

London, 16. März. Engl. 2 1/2 % Consols 97. Pr. 4% Consols 105, Ital. 5% Rente 94. Lombard. 11 1/2%. Russ. 95.37 1/2, 3% Rente 95.62 1/2, 4% Anl. 105.32 1/2, 5% Rente 94.82 1/2, österr. Goldrente 99 1/2, 4% ungar. Goldrente 93.25, 3% Orientanleihe 78.18, 4% Russen 1880—4% Russen 1889 99.95, 4% unific. Argenter 495.62, 4% span. äußere Anteile 76 1/2, conv. Türkei —, türk. Obligationen 426.50, Franzosen 545.00, Lombarden 298.75, Lomb. Prioritäten 340.00, Banque ottomane 623.75, Banque de Paris 821.25, Banque d'Escompte 520.00, Credit foncier 1278.75, mobilier 420.00, Meridian-Aktion —, Bananahandel 578.75, Guehan-Aktion 245.25, Gas Parisis 145.00, Credit Chonais 788.00, Gas pour le Fr. et l'Etrang. 587. Transatlantique 615.00, B. de France 4350.00, Bille de Paris de 1871 411.00, Tab. Ottom. 355.00, 2 1/2% engl. Confols. — Wedsel auf deutsche Blähe 121 1/2, Londoner Wechsel kurz 25.19 1/2, Cheques a. London 25.21, Wechsel Wien kurz 216.50 do, Amsterdam kurz 206.75, do, Madrid kurz 485.50, C. d'Est. neue 635. Robinson-Akt. 58.12, Neue 3% Rente 93.40.

London, 16. März. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Englischer Weizen knapp voll 1 sh. teurer, fremder Mehl sehr ruhig unverändert, Mehl sehr fest, hafer kräfte 1/2 sh. niedriger als in voriger Woche. Mais, und Gerste 1/2 sh. in vollem Preise. Bohnen und Erbsen steigen 1/2 sh. höher.

London, 16. März. Engl. 2 1/2 % Consols 97. Pr. 4% Consols 105, Ital. 5% Rente 94. Lombard. 11 1/2%. Russ. 95.37 1/2, 3% Rente 95.62 1/2, 4% Anl. 105.32 1/2, 5% Rente 94.82 1/2, österr. Goldrente 99 1/2, 4% ungar. Goldrente 93.25, 3% Orientanleihe 78.18, 4% Russen 1880—4% Russen 1889 99.95, 4% unific. Argenter 495.62, 4% span. äußere Anteile 76 1/2, conv. Türkei —, türk. Obligationen 426.50, Franzosen 545.00, Lombarden 298.75, Lomb. Prioritäten 340.00, Banque ottomane 623.75, Banque de Paris 821.25, Banque d'Escompte 520.00, Credit foncier 1278.75, mobilier 420.00, Meridian-Aktion —, Bananahandel 578.75, Guehan-Aktion 245.25, Gas Parisis 145.00, Credit Chonais 788.00, Gas pour le Fr. et l'Etrang. 587. Transatlantique 615.00, B. de France 4350.00, Bille de Paris de 1871 411.00, Tab. Ottom. 355.00, 2 1/2% engl. Confols. — Wedsel auf deutsche Blähe 121 1/2, Londoner Wechsel kurz 25

